

Appell an Vernunft und Augenmaß

Im Schnitt 239 Tage wird das Prostitutionsgewerbe bis zum Jahresende 2020 im Total-Lockdown verbracht haben. Außer der Veranstaltungsbranche und den Diskotheken verzeichnet kein anderes Gewerbe hierzulande einen derart langen Verbleib im Lockdown. Das Prostitutionsgewerbe trifft es dabei besonders hart. Denn seit nunmehr drei Jahren ist mit dem Prostituiertenschutzgesetz ein von der Öffentlichkeit wenig beachtetes Bordell-Sterben in Gang gesetzt worden: Rechnete die Bundesregierung 2017 noch mit 11.700 Prostitutions-Etablissements, so zählte man Ende 2019 offiziell gerade mal 2.167 registrierte Gewerbe.

Die damit einhergehende massive Einschränkung von Beschäftigungsmöglichkeiten drängt Sexarbeiter/innen Schritt für Schritt an den Rand der Gesellschaft, in informelle Strukturen und schließlich in die Illegalität. Ihr vom Grundgesetz geschütztes Recht auf freie Berufsausübung wird systematisch ausgehöhlt und zur Disposition gestellt.

Mit größter Ignoranz und Gleichgültigkeit begegnen die dafür Verantwortlichen den sozialen Folgen ihrer Politik. Sehenden Auges wird in Kauf genommen, dass tausende Frauen nun illegal weiterarbeiten – auch weil Hartz IV hinten und vorne zum Leben nicht reicht.

Mit selbstherrlichen Entscheidungen ersetzt die Exekutive die bislang praktizierte Regulierung von Prostitution zunehmend durch eine Verbotspolitik (Prohibition). Obwohl jede/r weiß: Politische Richtungsentscheidungen bedürfen einer breiten gesellschaftlichen Debatte und sind von Parlamenten, nicht aber in den Hinterzimmern von Regierungen und Behörden zu treffen. Nichtsdestotrotz wird die widersinnige und kontraproduktive Politik des Total-Lockdowns gegenüber dem Prostitutionsgewerbe unbeirrt fortgesetzt,

- ▶ ohne evidenzbasierten Nachweis einer höheren Fallhäufigkeit von Corona-Neuinfektionen im Prostitutionsgewerbe,
- ▶ ohne zu berücksichtigen, dass Sexarbeit „1:1-Kontakte“ garantieren kann und sich damit von Bereichen unterscheidet, deren erheblich höhere Kontaktdichte Covid-19 begünstigt.
- ▶ ohne zur Kenntnis zu nehmen, dass Hygiene in der bestehenden regulierten Prostitutions-Infrastruktur allemal besser zu gewährleisten ist als in informellen Strukturen.

Eine Lockdown-Politik nach dem Motto „Operation gelungen, Patient tot“ ist weder sachgerecht, noch verhältnismäßig. Sie ist auch gesundheitspolitisch nicht zielführend. Ihr fehlt jegliche Legitimation. Daher appellieren wir, dieser irrsinnigen Politik Einhalt zu gebieten und fordern die politisch Verantwortlichen in Bund und Ländern auf:

**Respektieren Sie das Recht auf Sexarbeit!
Schluss mit dem Ausbluten des Prostitutionsgewerbes!
Regulierung von Prostitution statt Prohibition!**

Unterzeichner/innen:

Doña Carmen e.V., Verein für soziale und politische Rechte von Prostituierten

Sexarbeiter/innen: Nelly (**Brasilien**); Anna, Anna, Criscina, Helena, Megi, Melissa Ramona, Monica, Tanja, Tanja (**Bulgarien**); Celine, Eva, Frances, Georg, Irina Le Fey, Myra, Paulina, Tanja (**Deutschland**); Carina, Kenia, Liliana, Maria, Maria Jose, Maria Luz, Mercedes, Nicole, Rosita, Valentina, Veronica, Yoneli (**Dominikanische Republik**); Anna Maria, Brunis, Christal, Luz Estella, Marisa, Monica, July, Mart, Pamela, Patricia, Sabrina, Tibisay, Valentina (**Kolumbien**); Laly (**Peru**); Carmen (**Rumänien**); Elli (**Spanien**); Katti, Kim, Noi (**Thailand**); sowie betroffene **Einrichtungen und**

Betriebe des Prostitutionsgewerbes, darunter: Haus 9 / **Bremen**, Sex Inn / **Frankfurt**, Taunus 26
und alle dort wohnen Frauen / **Frankfurt**, Papillon / **Langenselbold**. Unterstützerin: LAG Queer-Grün
/ **Hamburg**

Bitte unterstützen Sie uns mit Ihrer Spende:

Frankfurter Sparkasse von 1822, IBAN: DE44 5005 0201 1245 8863 61

V.i.S.d.P.: **Doña Carmen e.V.**, www.donacarmen.de, donacarmen@t-online.de, Tel. 069 / 7675 2880